Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 21 – <u>Miteinander stärken</u>, <u>Homophobie</u> und Diskriminierung bekämpfen

Dazu sagt der gleichstellungspolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Rasmus Andresen:

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin Claudia Jacob

Landeshaus Düsternbrooker Weg 70 24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503 Fax: 0431 / 988 - 1501 Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 033.14 / 24.01.2014

Sexuelle Vielfalt ist das Normalste der Welt

Im Flächenland Baden-Württemberg haben über 158.000 Menschen eine Petition unterschrieben, die zum Ziel hat, im Bildungsplan des Landes den Umgang mit sexueller Vielfalt zu streichen. Unterstützt von führenden Kirchenvertre-terInnnen und Lehrkräften wird so Homophobie durch die Petition salonfähig!

Leider unterstützt auch die CDU Fraktion in Stuttgart die homophobe Petition. Und auch die FDP fällt in Baden-Württemberg dadurch auf, "andere Lebensformen als tolerabel, aber nicht gleichwertig zu bezeichnen".

Und auch die Aussage von Ex-Fußballprofi Thomas Hitzlsperger, dass er lieber mit Männern zusammenleben möchte und der Fakt, dass er sich erst nach Beendigung seiner Karriere traut, dies der Öffentlichkeit mitzuteilen, zeigen, dass in unserer Gesellschaft sexuelle Vielfalt noch keine Selbstverständlichkeit ist.

Man muss allerdings nicht bis nach Baden-Württemberg gehen oder ehemalige Fußballnationalspieler oder den Olympia Goldmedaillengewinner Tom Daley bemühen. Auch bei uns in Schleswig-Holstein – das belegen viele persönliche Schilderungen junger Homosexueller mir gegenüber – steht der Kampf gegen Homophobie und für sexuelle Vielfalt noch am Anfang.

Homophobie gibt es auch bei uns im Land: zum Beispiel das Schimpfwort "schwul" auf den Schulhöfen und Mobbing gegen junge SchülerInnen kurz vor oder nach ihrem Outing.

Es stimmt einfach nicht, dass Homophobie vielleicht ein Problem von Großstädten ist und nichts mit uns im Land zu tun hat. Schleswig-Holstein muss ein Land werden, in dem es egal ist, wen man liebt.

Wir Grüne haben in der letzten Legislaturperiode die Initiative für einen Aktionsplan gegen Homophobie und für sexuelle Vielfalt ergriffen. Wir freuen uns, dass wir heute gemeinsam in der Küstenkoalition erste Eckpunkte vorlegen und bereits im Dezember in den Haushalt 50.0000 Euro dafür eingestellt haben.

Ein Aktionsplan kann nur dann volle Wirkung entfalten, wenn er Ressort übergreifend entwickelt wird. Dass sexuelle Vielfalt das Normalste der Welt ist, muss fest im Bildungsbereich verankert werden. Kinder können dann schon früh lernen, dass Homo-, Bi- oder Transsexualität nicht besser oder schlechter als Heterosexualität ist.

Es ist deshalb von großer Bedeutung, bereits angehende LehrerInnen für sexuelle Vielfalt und mögliche Outing-Probleme von SchülerInnen zu sensibilisieren. Lehrer-Innenverbände, Hochschulen und das IQSH sind für uns im Kampf für sexuelle Vielfalt wichtige Verbündete. Auch im Breitensport muss gegen Homophobie mehr getan werden. Deshalb sind auch die Sportverbände und -vereine im Land im Aktionsplan berücksichtigt.

Es ist wichtig, auch MitarbeiterInnen unserer öffentlichen Institutionen stärker für sexuelle Vielfalt zu sensibilisieren. Die Polizei muss beispielsweise in die Lage versetzt werden, homophobe Übergriffe auch als homophob einzustufen. Und auch als Arbeitgeber kann und muss die Polizei sich weiter öffnen.

Allein die Nordkirche hat in Schleswig-Holstein ca. 1,6 Millionen Mitglieder. Hinzu kommen viele tausend Mitglieder anderer Konfessionen. Auch die Glaubensgemeinschaften sind bunt. Wir wollen deshalb auch mit VertreterInnen der Glaubensgemeinschaften darüber in den Dialog eintreten, wie der Diskriminierung gegenüber Homosexuellen entschieden entgegen getreten werden kann.

Uns Grüne freut es sehr, dass wir heute einen wichtigen Schritt Richtung Aktionsplan und für ein Schleswig-Holstein der sexuellen Vielfalt nehmen. Der Weg ist weit und die Aufgaben sind vielfältig.

Deshalb werden mit den vielen Verbänden, die es in dem Bereich schon gibt, und mit den Erfahrungen aus anderen Bundesländern am Aktionsplan arbeiten. Es ist ein sehr gutes Zeichen, dass wir heute mit breiter Mehrheit beschließen werden.

Den Antrag der FDP zur Öffnung der Ehe haben wir sehr gern übernommen. Es ist ein Skandal, dass die rechtliche Gleichstellung in der Großen Koalition weiter blockiert wird. Eine kleine Minderheit blockiert dort den gesellschaftlichen Fortschritt.

Ein Satz zu den KollegInnen der CDU: Es ist an der Zeit, dass die CDU ihre Verweigerungshaltung im Kampf für sexuelle Vielfalt endlich aufgibt! Heute gibt es die Möglichkeit zu zeigen, dass die CDU in Schleswig-Holstein weiter ist als in anderen Ländern!
